

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 51. Woche vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1 Million Mk., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen Mk. Einzelnummer 200 Millionen Mk. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Kompariszeile 30 Pf., die 30 mm breite Kompariszeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 293

Dresden, Dienstag den 18. Dezember 1923

34. Jahrg.

Expropriation des Reiches

Die Schwerindustrie geht auf ganzes. Es ist ihr nicht genug daran, daß sie die Zeit der Inflation dazu benutzt hat, ihre Riesengewinne zu einer ungeheuren Konzentration ihrer Betriebe auszunutzen, ihre Werke durch die Expropriation ihrer Gläubiger von den Obligationsschulden zu befreien und durch die Papiermarktkredite der Reichsbank sich auf Kosten des Reiches riesige Gewinne zu verschaffen. Sie war insofern der Inflation insofern, die Löhne der Arbeiter und Angestellten tief unter dem Weltmarktniveau zu halten, auch zu einer Zeit, wo sie längst für ihre Produkte Weltmarktpreise erzielte. Sie hat die schwere Wirtschaftskrise, von der wir heimgeschickt sind, benutzt, um die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne noch mehr herunterzudrücken. Zugleich war sie Vorkämpferin gegen Besitzbesteuerung, gegen die Erfassung der Sachwerte. Sie hat damit eine Hauptschuld am dem Finanzelend des Reiches. Jetzt sucht sie die von ihr mit herbeigeführte Finanzkrise auszunutzen, um das Reich um sein wertvollstes Eigentum, um die Reichsbahn, zu bringen. Unter Führung des größten Expropriators Deutschlands, des Herrn Stinnes, erneuert sie den Angriff auf die Reichsbahn, um sie in ihren Privatbesitz zu überführen.

Die Reichsbahn ist augenblicklich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Nachdem man jahrelang den Finanzverfall trotz allen Warnungen der Sozialdemokratie hat fortwähren lassen, versucht die Reichsregierung jetzt in Wochen nachzuholen, was solange veräumt worden ist. Auf dem Gebiet der Besitzbesteuerung ist die Regierung freilich nicht sehr energisch, um so rücksichtloser aber werden die Ausgaben gedroht. Mit der Reichsbahn machte sich das Finanzministerium die Sache besonders leicht. Als am 15. November die Rentenpresse stillgelegt wurde, stellte das Reich gleichzeitig alle Zuschüsse für die Reichsbahn ein, auch die Vorgeschüsse für das zwischen Reichsbahn und Finanzministerium ausdrücklich vereinbarte Bauprogramm.

Ungeheure Schwierigkeiten entstanden. Die Bauten mußten stillgelegt, die Bestellungen auf Wagen und Lokomotiven rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus war aber die Eisenbahn nicht in der Lage, die Zahlungen für bereits abgenommene Waren zu leisten, so daß sofort fällige Schulden entstanden, die sich auf einige hundert Millionen Goldmark belaufen sollen. Die Gläubiger der Reichsbahn tun deshalb sehr aufgeregt. Sie haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die mit der Reichsbahn verhandelt. Einer der Hauptgläubiger, zumeist für gelieferte Kohlen, ist Herr Stinnes. Sein in Berlin erscheinendes Blatt, die „Daz“, verflucht bereits den Bankrott der Reichsbahn, fordert ihre Privatisierung und zugleich die Verstaatlichung des übrigen Reichseigentums, der Post, des Telegraphen und des Telephons. Dabei dürfte Herr Stinnes aber kaum stehen bleiben. Was dem Reich recht ist — ist den Ländern billig. Der Kohlen- und Eisenmann hat schon lange ein Auge auf die dreifachen Bergwerke, und der Holz- und Papierinteressent Stinnes schießt bereits längst nach dem großen Waldbesitz der Länder. Die Inflationsexpropriation ist zwar augenblicklich ins Stocken geraten, aber die Finanzkrise gestaltet vielleicht den Abbruch und eine Krönung des Expropriationswettrenns, die alles Bisherige übertrifft.

Die Reichsbahn ist in Wirklichkeit ein reiches aktives Unternehmen. Ihr Wert wird auf etwa 40 Milliarden Goldmark geschätzt, denen höchstens 500—600 Millionen Schulden gegenüberstehen. Ein solches Unternehmen ist durchaus kreditwürdig. Herr Stinnes und seine Leute, die die Reichsbahn an sich reißen wollen, suchen deshalb ihren Kredit mit Absicht zu untergraben. Die Deutsche Allgemeine Zeitung greift die Rentenbank an, weil sie angeblich der Reichsbahn aus dem für industrielle Zwecke reservierten Kredit einen Vorstoß eintreiben will. Wir meinen umgekehrt, daß die Rentenbank, die durch das Steuerhöchstmaß des Reiches geschaffen worden ist, in erster Linie die Pflicht hat, vor der Privatwirtschaft, falls das notwendig ist, der Reichsbahn ihre Unterstützung zu leisten. Das will Herr Stinnes natürlich verhindern und deshalb läßt er durch seine Goldschreiber verkünden, daß die Bahn als Staatsbetrieb überhaupt nicht saniert werden könne und ihm ausgeliefert werden müsse.

Wie war es vor dem Kriege? Da wurde das Lob der deutschen Staatsbahnen in allen Tönen gesungen. Da war es ein Musterbetrieb. Nun sind die früheren Staatsbahnen vereinheitlicht worden. Der Betrieb wird größtenteils von denselben Personen geleitet wie vordem. Die Vereinheitlichung ist jedenfalls ein ökonomischer Fortschritt und verbessert die Rentabilität. Die Bahn, die während des Krieges so außerordentlich gelitten hat, steht im großen und ganzen wieder auf Vorkriegshöhe. Wenn die Bahn finanziell nicht gut dastünde, so wäre das ein Zeichen, daß sie auf Verweilen und zum Gewinn der Industrie ihre Tarifpolitik viel zu hoch und zu ungenügend der Goldbewertung angepaßt hat, während die Industrie durch ihre Preispolitik gleichzeitig mit ihren Lieferungen an die Bahn außerordentlich verdient. Trotzdem: in der Zeit einer verhältnismäßigen Stabilität im Jahre 1922 war die Bahn auch finanziell aktiv geworden. Vom April bis Dezember 1923 hat die Reichsbahn mit Ueber-

schuß gearbeitet trotz dem oberflächlichen Aufwande und dem dadurch bewirkten Frachtauskfall. Die finanzielle Kollage der Eisenbahn ist wesentlich die Folge der ungeheuren Kosten des Ruhrabenteuers, das freilich die Stinnes und Konsortien dank den Zuschüssen des Reiches viel besser überstanden haben.

Die Ueberlegenheit des Privatbetriebes über den Staatsbetrieb ist überhaupt eine Legende. Ein solcher Riesenbetrieb wie die Eisenbahn wird einer gewissen schematischen Regelung und damit einer gewissen Bürokratisierung nie ganz entgehen können. Eine eingehende Untersuchung der Sozialversicherungscommission hat den Nachweis erbracht, daß in der Tat die Vorteile gegen den Eisenbahnbetrieb in ihrer Allgemeinheit hinlänglich sind, während im einzelnen die unläugbaren Mängel durch organisatorische Änderungen leicht behoben werden können ohne Antastung des Eigentums des Reiches.

Aber den Schwerindustriellen, die die Reichsbahn in ihren Besitz bringen möchten, geht es ja auch um etwas ganz anderes als um organisatorische Besserung. Für sie ist der Besitz der Bahn der Schlüsselstein an dem Bau ihrer ökonomischen Herrschaftstellung. Ungeheuer groß ist ohnedies die Wirtschaftsmacht der deutschen Schwerindustriellen. Ueber Kohle und Eisen und Schifffahrt verfügen sie. Von da aus haben sie ihr Herrschaftsgebiet über wichtige Teile der Fertigungsindustrie, namentlich über die Elektrizitätsindustrie, ausgedehnt. Die Verfügung über die Eisenbahn würde ihre Herrschaft über die gesamte deutsche Wirtschaft vollenden. Als Herrten der Tarifpolitik wären sie insofern, die Konkurrenzbedingungen nach ihrem Willen zu gestalten, die bisher unabhängigen Industrien sehr bald ihrem Willen zu beugen. Gesehliche Kartellen und Ueberwachungsmaßnahmen würden davon nicht viel ändern. Zugleich ist die Tarifpolitik ein wesentlicher Bestandteil der internationalen Handelspolitik. Auch sie würde in noch höherem Maße als vor dem Kriege unter dem Einfluß der Schwerindustriellen geraten und ihren Interessen dienlich gemacht werden.

Man versteht die Jähigkeit, mit der Herr Stinnes und sein Gefolge an dem Plan der Expropriation der Reichsbahn festhalten. Aber man versteht auch das Interesse, daß die Arbeiterklasse daran hat, diese Stärkung des Ueberkapitalismus um jeden Preis zu verhindern. Herr Stinnes geht jetzt zum Angriff vor, weil ihm nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Lage günstig scheint. Nicht umsonst hat er in der Deutschen Volkspartei den Kampf gegen die sozialistischen Minister organisiert. Jetzt präsentiert er der bürgerlichen Regierung seinen Schein.

Aber trotz allem Mißtrauen gegen diese Regierung glauben wir vorerst nicht, daß sie es jetzt schon wagen kann, den ungeheuerlichen Plan der Schwerindustrie auszuführen. Anders würde es sein, wenn bei den nicht mehr ferneren Wahlen die bürgerlichen Parteien große Erfolge aufzuweisen hätten. Dann würde der Kampf um die politische und Wirtschaftspolitik der verbündeten Großkapitalisten und Schwerindustriellen in seiner ganzen Gefährlichkeit entbrennen.

Die französische Geste

Die Antwort Poincarés auf das Ersuchen der deutschen Regierung um Verhandlungen wird von der Reichsregierung und von einem Teil der Presse als Fortschritt gewertet. Das ist, sofern man die Form der Antwort und die gedächteste Tonart betrachtet, sicherlich richtig. Aber in der Sache bedeutet die Antwort kein Entgegenkommen, keinen Fortschritt zu Verhandlungen über die Punkte, auf die es ankommt. Die Pariser Telegramme bringen jetzt den vollen Wortlaut der Poincaréschen Antwort, der folgendes besagt:

Die französische Regierung ist zwar bereit, mit deutschen Vertretern zu diskutieren, aber in der Reparationsfrage darf die Reparationskommission in ihren Befugnissen weder eingeschränkt noch irgendeine Regelung getroffen werden, die nicht streng dem Versailler Vertrag entspricht. Der Gedankenaustausch kann also weder als Gegenstand noch als Ergebnis irgendeiner Wechrückführung der Vorentscheid dieser Kommission haben und ebensowenig die Vorbereitung einer unmittelbaren oder mittelbaren Revision des Friedensvertrages in den Fragen, die das Rheinland und das Ruhrgebiet betreffen. Die französische Regierung könnte dem nicht zustimmen, daß die französisch-belgischen Behörden im Ruhrgebiet oder die Rheinlandkommission in den übrigen besetzten Gebieten ihrer Befugnisse entkleidet werden, wenn es sich darum handelt, einen Modus vivendi in dem einen oder andern dieser Gebiete herzustellen. Es werde auf jede Unterhaltung eingegangen, die auf die Verlängerung der Abkommen mit den Industriellen oder auf die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und auf die Verwaltungsfragen Bezug hat. Die französische Regierung hält aber an ihrem absoluten Rechte fest, einer Wiedereröffnung ausgewiesener Personen nur nach Prüfung der Einzelfälle zuzustimmen.

Die Antwort schließt mit dem Sieb, Deutschland könne nicht behaupten, den Vertrag von Versailles loyal auszuführen, da die Militärkommissionen noch nicht die Kontrolle wieder voll aufnehmen konnten. Man sieht, der französische Machthaber läßt keine Verhandlungen zu, die sich auf Repa-

Die Krise in Polen

Aus Warschau wird uns geschrieben: Der lang erwartete Rücktritt des polnischen Kabinetts ist erfolgt. Auch die Aufnahme der „großen Kanonen“ Dombbski und Korzant hat nicht hindern können, daß der unnatürliche Regierungsbund schließlich zerfiel, und zwar gerade über der Frage, aus der der Post über die Bildung dieser Regierung hervorgegangen war, nämlich der Frage der Agrarreform. Die Bauernpartei Witos hatte sich ihr Zusammengehen mit dem Rechtsblock im Frühjahr durch die bindende Versicherung der Vorlage eines Parzellierungsgesetzes abtaufen lassen. Das Gesetz traf aber nur die nationalen Winberghalten und die Kleinbauern. Die linksstehende Bauernpartei Thugutis trat sofort in schärfste Opposition zu diesem Gesetz. In der Witospartei garte es. Schon vor Wochen kam es zur Aufspaltung einer Gruppe unter Dombbski und die Sezession einer weiteren Gruppe unter Bryl hat der Regierungsmehrheit, dem Agrargesetz, dem Kabinett und wohl auch der Witospartei den Rest gegeben.

Die natürliche Folge des Kabinettssturzes muß der Versuch sein, ein Kabinett der Linken zu bilden. Ob das gelingt, ist fraglich, da es auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen wäre.

Für die innerpolitischen Verhältnisse in Polen ist der Kabinettswechsel von großer Bedeutung, denn er macht einem wirklich rücksichtslosen Willkürregiment der Reaktion zunächst ein Ende. Die Politik der Deutschenenderfolgung dürfte aber kaum schwächer werden.

Warschau, 18. Dezember. Der Staatspräsident hat den Führer der stärksten Linkspartei, Thugutis, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Er soll ein farbloses Kabinett zusammenstellen, das freilich (als zehnte Regierung der jungen Republik) nur wenig lebensfähig sein dürfte.

Nur kein Abbau der Pfarrer!

Reich und Länder sind darüber, noch vor Jahreschluss, sozusagen als Weihnachtsbescherung, einen Beamtenabbau durchzuführen, der allgemein als ungeheure Härte empfunden wird. Dieser Abbau macht kein Halt vor den staatlichen Einrichtungen, die im Interesse der Gesundheit des Volkes, der Erziehung des Nachwuchses, der Behauptung unserer allgemeinen deutschen Kultur, unbedingt nicht abgebaut werden dürfen, er greift ein in die sozialen Fürsorgestellen, die heutzutage dringender nötig sind denn je. Der Abbau in dieser Schreckliste, wie er geschandhat wird, mütet um so eigenmächtiger an, wenn man erwägt, daß eine Kategorie mittelbarer Staatsbeamter nicht abgebaut wird: die Pfarrer und Pastoren. Dabei belassen diese nach dem Stand der heutigen Beschäftigung a. B. die Finanzen des Staates Preußen mit rund 80 Prozent ihrer Bezüge, während sie früher nur mit 27 Prozent der Staatskasse zur Last fielen. Diese verstärkte Belastung des verarmten Staates hat sich nicht zuletzt dadurch ergeben, daß die Preise, die die Kirche beanspruchen, an der Spitze vor allem die Bauern, nicht im entferntesten daran denken, für ihren „Sozialforster“ ein materielles Opfer zu bringen. Welches aber sind dann die Gründe für den Staat, nahezu die gesamte Last für die Geschäftlichkeit in dieser trostlosen Finanzlage sich aufzubürden und hier nicht abzubauen? Warum lassen sich das die republikanischen Parlamente der „freien Republiken“ gefallen?

ration, auf die Vorrechte der Rechts, auf Verringerung des Versailler Vertrags beziehen. Ueber die Befestigung an Rhein und Ruhr darf nicht gesprochen werden. Nur über Produktivmachung des Ruhrgebietes (für die Franzosen) und Verlängerung der Abkommen mit den Industriellen ist „ein Gedankenaustausch“ und „eine Unterhaltung“ erlaubt. Verhandlungen kennt Herr Poincaré überhaupt nicht, er gestattet nur das Anhören von Wünschen. Entschieden wird er hinterher ganz allein.

Das besagt die Antwort, nichts mehr. Es kann freilich sein, daß der weitere Verlauf der Dinge unter den Umkleiden auch die französischen Machthaber zu einer Art von Verhandlungen zwingt, aber das ist noch nicht sicher. Vorerst erklärte Herr Poincaré, daß die französische Regierung sich vorbehält, sich bei allen Problemen, die auch die anderen Alliierten interessieren, mit diesen ins Eingebundene zu setzen, bevor eine Antwort gegeben wird. Die französische Regierung müßte also über das deutsche Verlangen nach Regelung der Reparationsfrage auch England und Italien befragen, aber das tut sie natürlich nicht.

Die Reichsregierung sagt in einer offiziellen Erklärung, die französische Antwort sei ein Fortschritt und entspräche in dem Punkte, daß auch die Alliierten befragt werden müßten, ganz der deutschen Auffassung. Das ist sehr beschönigend. Jeder sieht aber, daß die Reichsregierung direkte, fundierte und spezialisierte Anträge zur Regelung der Reparationsfrage an die Alliierten ablehnen müßte. Gerade jetzt. Die früheren Vorschläge waren zu unbestimmt, zu leicht ablehnbar. Es muß nun eine volle aktive Politik verfolgt werden, die das Reparationsproblem zwingend einer Lösung zutreibt. Die deutsche Regierung kann den Weg ablehnen, den Gana der Dinge beschleunigen. Sie muß immer wieder an die Gesamtinteressen appellieren, nicht allein mit Worten und Fingern, sondern mit substantiierten Anträgen und Vorschlägen. Die Not und das Elend des deutschen Volkes heißen gebieterisch: Aktivität.